

Niederschrift
über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz
am 10.03.2020

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:20 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Wilhelm Kleinesdar
Herr Carsten Krumhöfner
Herr Holger Nolte
Herr Alexander Rüsing
Frau Carla Steinkröger

Stellv. Vorsitzender

SPD

Herr Ole Heimbeck
Frau Regina Klemme-
Linnenbrügger
Herr Marcus Lufen
Frau Anne Catrin Rudolf
Frau Desiree Winter

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Klaus Feurich
Herr Michael Gorny
Herr Jens Julkowski-Keppler

Vorsitzender

Bielefelder Mitte

Herr Markus Schönberner

BfB

Herr Joachim Krollpfeiffer

FDP

Herr Gregor Spalek

Die Linke

Herr Matthias Benni Stiesch

Beratende Mitglieder

Herr Friedhelm Donath
Herr Jürgen Heuer

Verwaltung:

Herr Volker Walkenhorst
Herr Martin Wörmann
Herr Bernd Reidel
Herr Thomas Finke

Stab Dezernat 3
Umweltamt
Umweltamt
Umweltbetrieb

Schriftführung:

Frau Nicole Kurze

Umweltamt

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Julkowski-Keppler, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung fest. Er teilt mit, dass Herr OB Clausen aus aktuellem Anlass kurzfristig verhindert ist.

Die Verwaltung schlägt vor, folgende Punkte neu auf die Tagesordnung zu setzen:

Neu TOP 6

(Blüh-)Wiesenkonzept der Grünunterhaltung im Umweltbetrieb
Drucksachennummer 10430/2014-2020

Neu TOP 10

Umsetzung der Mobilitätsstrategie, hier: Erstellung einer Fußverkehrsstrategie
Drucksachennummer 10420/2014-2020

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass die Mitglieder des Ausschusses einverstanden sind.

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 52. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 11.02.2020

Herr Rüsing weist darauf hin, dass im letzten Protokoll ein Beschlusstext nicht angepasst wurde. Er bitte darum, bei der Protokollierung in Zukunft verstärkt darauf zu achten.

Herr Julkowski-Keppler erwidert, dass gleichzeitig von allen Fraktionen auf eine klare und deutliche Formulierung der beantragten Änderungen von Beschlusstexten geachtet werden solle, damit eine entsprechende Protokollierung gewährleistet werden könne.

Sodann ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 11.02.2020 (Nr. 52) wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Zu Punkt 2.1 **Umwelt- und Klimaschutzpreis 2020**

Herr Wörmann berichtet wie folgt:

In diesem Jahr steht wieder die Vergabe des Bielefelder Umwelt- und Klimaschutzpreises an - mit dem Schwerpunkt Klimaschutz. Die Bewerbungsfrist endet am 24. April. Das Preisgeld beträgt satzungsgemäß insgesamt 5.000 €.

Bewerben können sich Personen, Vereinigungen oder Firmen, die im Bielefelder Raum mit ihrem Engagement zum Umwelt- und Klimaschutz beitragen. In diesem Jahr sollen beispielhafte Projekte zur Energieeffizienz, zu vorbildlichen energetischen Gebäudesanierungen und zum Einsatz erneuerbarer Energieträger bei gewerblichen und privaten Neubauprojekten ausgezeichnet werden.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Zu Punkt 3.1 **Ausgleichsmaßnahmen A 33 (Anfrage der Bürgernähe/Piraten vom 18.02.2020)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10400/2014-2020

Herr Wörmann beantwortet die Anfrage der Bürgernähe/Piraten wie folgt:

Frage:

Inwieweit sind die Ausgleichsmaßnahmen für den Bau der A33 auf Bielefelder Gebiet an welchen Stellen umgesetzt worden?

Antwort:

Der Bau der A33 in Bielefeld gliedert sich in zwei Planfeststellungsabschnitte:

- a) Abschnitt 5b mit Fertigstellung 2012 vom Kreuz A2/A33 bis Gütersloher Straße, ca. 6,4 km Trassenlänge. Ausgleichsfläche insgesamt ca. 182 ha.
- b) Abschnitt 6 mit Fertigstellung 2019 von der Gütersloher Straße bis Steinhagen, Trassenlänge ca. 7,9 km. Ausgleichsfläche insgesamt ca. 209 ha.

Die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für den Abschnitt 5b liegen sowohl im Stadtgebiet Bielefeld als auch im Bereich Verl/Sende. Die Maßnahmen wurden im Wesentlichen alle umgesetzt.

Auf Bielefelder Gebiet liegen beispielsweise größere Aufforstungsflächen an der Wilhelmsdorfer Straße, extensiv zu nutzende Grünlandflächen im Bereich der ehemaligen Rieselfelder Windel, Sukzessionsflächen am Kreuz der A33 mit dem Ostwestfalendamm.

Im Bereich des ehemaligen Hofes Bekel an der Bekelheider Straße/ Gasselstraße liegt ein größerer Teil der Maßnahmen: extensive Grünland- und Aufforstungsflächen sowie Kleingewässer. Diese Flächen haben sich bereits mit 16 Rote-Liste-Pflanzenarten, 22 Libellenarten und div. Heuschreckenvorkommen gut entwickelt.

Die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für den Abschnitt 6 liegen sowohl auf Bielefelder Gebiet als auch umfangreich in Steinhagen.

Die Maßnahmen auf Bielefelder Gebiet liegen mit extensiven Grünlandflächen, Feldgehölzen und Kleingewässern im Bereich der Lutterniederung an der Queller Straße, in der Lichtebackniederung Höhe Eisenstraße und Brockhagener Straße sowie mit Aufforstungen, Obstwiesen und Grünlandflächen an der Steinhagener Straße.

Die Böschungen und trassennahe Restflächen werden nach Auskunft des Landesbetriebes Straßenbau voraussichtlich im Herbst 2020 bepflanzt werden.

Zusatzfrage:

Konnte diesbezüglich aus Sicht der Verwaltung ein sinnvoller ökologischer Ausgleich für die A33 realisiert werden?

Antwort:

Aus Sicht der Verwaltung werden alle umgesetzten Maßnahmen langfristig zu einer Kompensation der durch den Bau der A 33 verursachten erheblichen Eingriffe in Natur und Landschaft beitragen. Ein vollständiger „ökologischer Ausgleich“ wird aufgrund der erheblichen Flächeninanspruchnahme und Zerschneidungswirkung sicherlich nicht erzielt werden können. Die umgesetzten Maßnahmen entfalten nach Jahren ihre zugeordneten ökologischen Funktionen.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis. -

Zu Punkt 3.2

Alternativen zum Silvester-Böllern und Silvesterfeuerwerk (Anfrage der Bürgernähe/Piraten vom 18.02.2020)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 10403/2014-2020

Herr Wörmann beantwortet die Anfrage der Bürgernähe/Piraten wie folgt:

Welche Idee, Möglichkeiten und Überlegungen hat die Verwaltung, um die Gefahren und negativen Folgen von Silvester-Böllern und –Feuerwerk zu verringern?

Zusatzfragen:

1. Wird in der Verwaltung über die Organisation von Alternativen für den Silvesterabend, wie z.B. einer zentralen Party mit einer Licht- und Lasershow als Ersatz vorgedacht?
2. Wie hoch sind rund um den Silvesterabend die Mehrkosten der Stadt u.a. für Sicherheit und Reinigung.

Antwort:

Zu 1.:

Die Verwaltung hat zum Thema Silvesterfeuerwerk im Zusammenhang mit der Aufforderung der Deutschen Umwelthilfe, Verbote im Innenstadtbereich zu erlassen, ausführlich Stellung genommen. In einer Mitteilung zur Sitzung des AfUK am 1. Okt. 2019 heißt es dazu: „Nach derzeitiger Sach- und Rechtslage besteht unter keinem rechtlichen Gesichtspunkt eine Verpflichtung oder Möglichkeit der Stadt Bielefeld, flächendeckend im Stadtgebiet das Abbrennen privater Feuerwerke zu untersagen“.

Von der Verwaltung initiierte Alternativveranstaltungen in der Silvesternacht sind nicht vorgesehen. Allerdings soll erstmals in einer Pressemitteilung für einen Verzicht oder für eine Minimierung des Einsatzes von Feuerwerkskörpern geworben werden

Die Bielefeld-Marketing GmbH verfolgt eine Nachhaltigkeitsstrategie, die Feuerwerke bei Veranstaltungen in ihrem Verantwortungsbereich ausschließt.

Zu 2.:

Jeweils am 01. Januar werden vom Umweltbetrieb insbesondere Scherben und unmittelbare Verkehrsgefährdungen beseitigt. Die Fußgängerzone, Sparrenburg, Kesselbrink, Siegfriedplatz, Hauptstraße Brackwede und August-Bebel-Straße bilden dabei regelmäßig den Schwerpunkt. Die (Zusatz-)Kosten dieser Reinigungen an Neujahr betragen in den vergangenen Jahren zwischen 4.200 € und 5.800 €. Weitere Reste des Silvesterfeuerwerks werden je nach Witterung in den ersten Wochen nach Neujahr im Rahmen der turnusmäßigen Reinigungen beseitigt. Hierfür entstehender Zusatzaufwand und die Entsorgungskosten könnten aber nur ungenau geschätzt und nicht nach Feuerwerks- und sonstigen „Feierresten“ differenziert werden.

Das Ordnungsamt kann keine „silvesterspezifischen“ Kosten aufzeigen, da keine „Kostenrechnung“ zu herausragenden Tagen oder einzelnen Ereignissen erfasst werden.

Herr Julkowski-Keppler ergänzt, dass er eine Stellungnahme des Verbandes der Pyrotechnischen Industrie erhalten habe. Dies gebe er dem Ausschuss zur Kenntnis, die Stellungnahme ist in Session einsehbar.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4 **Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnungen**

- keine -

-.-.-

Zu Punkt 5 **Anträge**

Zu Punkt 5.1 **Projekt "Ernährungsbildung für Bielefelder Kinder" (Antrag der CDU-Fraktion vom 27.02.2020)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 10449/2014-2020

Herr Rüsing begründet den Antrag der CDU näher. Das Thema komme aus dem Ernährungsrat. Dort sei erläutert worden, dass bisher nicht alle Bielefelder Kindertagesstätten an dem Projekt „Ernährungsbildung für Bielefelder Kinder“ der REGE Regionale Personalentwicklungsgesellschaft mbH teilnehmen würden. Da ein größeres Wissen zu dem Thema Ernährung, u. a. über regionale Produkte, einen Beitrag zum Klimaschutz leisten könnte, sollte das Thema mehr in den Fokus gerückt werden. Dennoch sei klar, dass der Jugendhilfe -Ausschuss abschließend beschließen müsse, daher beantrage er den Antrag an den zuständigen Ausschuss zu verweisen.

Herr Feurich begrüßt die Initiative und gibt zu bedenken, dass die Kapazitäten der REGE berücksichtigt werden sollten. Es könne hilfreich sein, Mitarbeitende der Kindertageseinrichtungen zu Multiplikatoren durch die REGE ausbilden zu lassen. Der Beschlusstext sollte etwas offener formuliert werden.

Herr Rüsing stimmt zu und beantragt, den ersten Satz so zu ändern, dass die Verwaltung einen Vorschlag erarbeiten solle, wie alle Bielefelder Kindertagesstätten an dem Projekt der REGE teilnehmen könnten.

Herr Feurich und Herr Heimbeck schließen sich dem Antrag an.

Herr Julkwoski-Keppler stellt den Beschlusstext vor, über den abgestimmt werden soll.

Sodann ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Der Ausschuss für Umwelt und Klima empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt einen Vorschlag zu erarbeiten, wie sichergestellt werden kann, dass jedes Kind während seiner Kindergartenzeit in der Ernährungsbildung durch das Projekt „Ernährungsbildung für Bielefelder Kinder“ der REGE geschult wird.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

(Blüh-)Wiesenkonzept der Grünunterhaltung im Umweltbetrieb

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 10430/2014-2020

Herr Finke vom Umweltbetrieb erläutert die Informationsvorlage. Um das (Blüh-) Wiesenkonzept umzusetzen, gelte es verschiedene Meilensteine zu erreichen. Aktuell würden die Parkflächen, u. a. in Zusammenarbeit mit dem Umweltamt, sondiert, um festzustellen, welche sich für das Konzept eigneten.

Dabei müssten alle Parknutzenden Berücksichtigung finden, der jeweilige Aufwand müsste in den Pflegeplänen abgebildet werden, es gelte die Folgekosten zu ermitteln und beginnen wolle man im Jahr 2021. Die politischen Gremien würden zeitnah informiert.

Herr Feurich fragt nach, ob auch die Flächen auf Friedhöfen in das Konzept mit einbezogen werden sollen. Herr Finke verweist darauf, dass sich das Konzept vorrangig auf die Flächen in den Parks beziehe.

Herr Heimbeck erkundigt sich danach, ob der Pflegeaufwand für die Blühflächen höher oder niedriger ausfallen werde. Herr Finke erwidert, dass sich das erst beantworten lasse, wenn das Projekt begonnen worden sei. Am Ende solle der Aufwand nicht höher ausfallen als zum jetzigen Zeitpunkt.

Herr Kleinesdar erläutert, dass die Nachhaltigkeit des Projekts sichergestellt werden sollte. Herr Finke antwortet, dass das Projekt auf mindestens 5 bis 7 Jahre angelegt sei und Wert auf die Sicherstellung der Nachhaltigkeit gelegt werde.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 7

Gründung des Bielefelder Klimarates

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 10409/2014-2020

Herr Wörmann erläutert, dass der Rat Anfang April über die Gründung des Bielefelder Klimarates entscheiden soll, und dass im Mai dann die konkreten Vorschläge zukünftiger Mitglieder des Klimarates dem Rat vorgelegt werden könnten. Alle vorgesehenen Institutionen und Vereine hatten ihre Mitarbeit zugesagt.

Herr Rüsing wendet ein, dass der Klimarat als Beirat dies auch in der Bezeichnung führen solle, demnach müsse die Gründung eines „Bielefelder Klimabeirats“ beschlossen werden.

Zusätzlich solle die Satzung unter § 4 ergänzt werden: nach der Evaluation im 1. Quartal 2022 soll angefügt werden „und über das weitere Vorgehen im AfUK beraten.“.

Herr Feurich begrüßt den u. a. durch die Arbeitsgruppe erarbeiteten Sachstand.

Herr Julkowski-Keppler stellt fest, dass die Mitglieder des Ausschusses mit den von Herrn Rüsing vorgeschlagenen Änderungen bzw. Ergänzungen einverstanden sind.

Sodann ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Der AfUK empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld unter Berufung auf §27a GO NRW „Interessenvertretungen, Beauftragte“ und §12 „Beiräte“ der Hauptsatzung I/4 der Stadt Bielefeld einen Beirat mit dem Namen „Bielefelder Klimabeirat“ gemäß Anlage 1 (Satzung) sowie Anlage 2 (Geschäftsordnung) einzurichten und bis spätestens zu den Sommerferien in Funktion zu setzen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Attraktive Förderung und Steuervorteile bei der energetischen Sanierung von Gebäuden

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 10352/2014-2020

Herr Wörmann erläutert, dass durch die Informationsvorlage ein werbender Impuls für die Förderungen und Steuervorteile bei energetischen Sanierungen gegeben werden solle. Durch energetische Sanierungen könne ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden, Man stehe im Kontakt mit der städtischen Bauberatung, um auch die dortigen Bera-

tungspotentiale zu prüfen.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis. -

Zu Punkt 9

Förderung der Umwandlung von Schottergärten und versiegelten Flächen in Naturgärten

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 10364/2014-2020

Herr Feurich begrüßt, dass die Vorlage auch versiegelte Flächen umfasst.

Herr Rüsing hebt positiv hervor, dass die Bürgerinnen und Bürger auf freiwilliger Basis handeln könnten, um die Verschotterung der Vorgärten zu minimieren. Er fragt nach, welche Folgeplanungen eventuell vorgesehen bzw. was geplant sei, wenn die Fördermittel aufgebraucht seien.

Herr Spalek kann sich Herrn Rüsing anschließen und begrüßt, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht bevormundet würden.

Herr Kleinesdar erkundigt sich, warum eine Zweckbindung für fünf Jahre vorgesehen sei. Herr Wörmann erwidert, dass eine Zweckbindung bei öffentlichen Förderungen wegen der gebotenen Nachhaltigkeit üblich sei, mit den fünf Jahren habe man das vertretbare Mindestmaß an Zweckbindung gewählt.

Herr Feurich schlägt vor, dass dem Ausschuss nach Beendigung der Maßnahme bzw. nach vollständiger Auszahlung der Fördermittel Bericht über den Verlauf erstattet werden solle.

Herr Julkwoski-Keppler stellt fest, dass die Mitglieder des Ausschusses mit der Ergänzung von Herrn Feurich einverstanden sind.

Sodann ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz beschließt die Förderung der Umwandlung von Schottergärten und versiegelten Flächen in Naturgärten. Im Anschluss an die Fördermaßnahme soll dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz Bericht erstattet werden.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 10

Umsetzung der Mobilitätsstrategie hier: Erstellung einer Fußverkehrsstrategie

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10420/2014-2020

Herr Wörmann erläutert, dass vom Amt für Verkehr im Rahmen der Mobilitätsstrategie auch eine Fußverkehrsstrategie in den Blick genommen werde. Attraktive Fußwege seien beispielsweise auch in überhitzten Stadtbereichen wichtig, damit alle Bevölkerungsgruppen diese klimafreundliche Fortbewegung gerne nutzen. Herr Feurich begrüßt das Vorhaben und betont, dass es sich hierbei um einen wichtigen Punkt handle. Jedoch frage er nach der zeitlichen Perspektive, erst im Jahr 2021 solle ein Gutachten erstellt werden. Er frage sich, ob das nicht bereits in diesem Jahr geschehen könne, um mit der Umsetzung im Jahr 2021 zu beginnen.

Herr Rüsing erläutert, dass er die Aufstellung eines Gesamtkonzepts für sinnvoller erachte und nicht Gutachten für jedes Detail eingeholt werden sollten. Dies könne unübersichtlich werden.

Herr Schönberger bekräftigt, dass eine deutlich schnellere Umsetzung der Strategie wünschenswert und notwendig sei.

Herr Heimbeck erklärt, dass er eine schnellere Umsetzung bevorzugen würde, dennoch handle es sich hier um einen weiteren Schritt in Richtung Gesamtgutachten und Mobilitätsstrategie für die Stadt Bielefeld.

B e s c h l u s s:

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss die Verwaltung zu beauftragen, eine Fußverkehrsstrategie zu erarbeiten.

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 11

Beschlüsse aus anderen Gremien

Zu Punkt 11.1

Klimapakete (Beschluss des Beirates vom 15.01.2020)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9904/2014-2020/1

Herr Julkowski-Keppler erklärt, dass die TOPs 11.1 und 11.2 zusammenberaten werden.

Herr Donath, Mitglied im Seniorenrat, erläutert, dass die zuständigen Gremien durch diese Anträge deutlich auf ihre Verantwortung bezüglich des Klimaschutzes hingewiesen werden sollten. Die Forderungen von „Fridays for Future“ sollten Bestandteil der Tagesordnung sein.

Herr Rüsing beantragt die 1. Lesung für die Punkte, da es noch Klä-

rungsbedarf gebe. Die CDU habe im Rat gegen die Ausrufung des Klimanotstandes gestimmt. Es gäbe dennoch einen Ratsbeschluss und einen mit Mehrheit beschlossenen Antrag der CDU aus der entsprechenden Ratssitzung (11.07.2019), diese sollten zunächst umgesetzt werden.

Herr Feurich und Herr Heimbeck erläutern, dass die Vorlagen zunächst in 1. Lesung behandelt werden sollten, da Klärungsbedarf bezüglich inhaltlicher Fragen und der einzelnen Zuständigkeiten für die Forderungen von Fridays for Future bestünde.

Herr Julkowski-Keppler verweist auf die Vorlage, die im Hauptausschuss behandelt worden sei, und in der die Forderungen von Fridays for Future an die jeweils zuständigen Ausschüsse verwiesen worden seien. Der Ratsbeschluss und der Antrag der CDU seien heute nicht Gegenstand der Tagesordnung, sondern die Beschlüsse der beiden Beiräte. Eine 1. Lesung für diese Beschlüsse sei beantragt auf Grund bestehenden Klärungsbedarfs, in einer der nächsten Sitzungen werde dann erneut dazu beraten.

- 1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 11.2 Umsetzung der Forderungen der Bewegung "Fridays for Future" zum Klimanotstand (Beschluss des Seniorenrates vom 15.01.2020)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 9913/2014-2020/1

- wurde unter TOP 11.1 mitberaten. -

-.-.-

Zu Punkt 12 Bericht aus dem Naturschutzbeirat

- kein Bericht -

-.-.-

Zu Punkt 13 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

- kein Bericht -

-.-.-